

Zum Auftakt

„Shut up and listen!“ – „Shame on you!“ – Eine Einladung zum Diskurs sind diese Aussagen nicht. Doch das sollen sie auch nicht sein. Mit diesen und ähnlichen Parolen brüllten am 10. Februar 2024 propalästinensische Aktivisten bei einer Kunstperformance im Museum Hamburger Bahnhof in Berlin Veranstalter, Beteiligte und das Publikum nieder. Ihr Ziel war es nicht, über den Gazakrieg zu diskutieren. Sie wollten ihre Sichtweise als einzig gültige im öffentlichen Raum behaupten. Ihre Position: Israel ist ein kolonialistisches Projekt und ein Apartheitsstaat ohne Existenzrecht. In Gaza begeht Israel Völkermord.

Zur Performance hatte die kubanische Künstlerin Tania Bruguera eingeladen. Einhundert Stunden lang sollten Gäste aus Hannah Arendts Buch *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* lesen, u. a. Mirjam Wenzel, Leiterin des Jüdischen Museums Frankfurt. Kurz nach Beginn von Wenzels Lesung sprangen die Aktivisten auf und skandierten ihre Parolen: „No more silence, no more fear, genocide is crystal clear“, „From the river to the sea, Palestine will be free“ oder „Five, six, seven, eight, Israel is a terrorist state, five, six, seven, eight, Germany ist a fascist state“. Also, Israel sei ein Terrorstaat, der Völkermord begehe. Palästina solle vom Jordan bis zum Meer bestehen (Israel also aufhören, zu existieren). Und Deutschland sei faschistisch, weil es Israel unterstützt.

Wenzel und Braguera wurden als Zionistinnen beschimpft, der Zionismus als faschistisch gebrandmarkt. Als einzelne Rufe aus dem Publikum nach einem Dialog erklangen, wurden diese mit „Shame, Shame!“ beantwortet oder noch drastischer mit „Get out of my fucking face!“ Eine Teilnehmerin, die erklärte, das Anliegen der Protestierer zu unterstützen, bekam zu hören: „Wärscht du inhaltlich auf unserer Seite, wärscht du still.“

Als Braguera darauf verwies, was sie schon alles für die Sache der Palästinenser getan habe, wurde sie angeschrien, dass sie „immer noch eine weiße Person“ sei, die „durch ihr Weißsein privilegiert sei“. Der libanesischstämmige Co-Direktor des Museums, Sam Bardaouil, versuchte die Aktivisten zum Gespräch einzuladen, doch auch er wurde als „Rassist“ und „Araber mit weißer Haut“ beschimpft.

Was wie eine Realsatire klingt – die britische Komikertruppe Monty Python hätte in den siebziger Jahren ein solches Setting filmisch vermutlich so inszeniert, wie man es auf von den Aktivisten hochgeladenen Videos sehen kann –, ist heute oft zu erleben, wenn linke Aktivisten in Erscheinung treten.

Im Juni 2024 brachten propalästinensische Sympathisanten ein Banner am Haus der Direktorin des Brooklyn Museums, Anne Pasternak, an, auf dem zu lesen war: „Anne Pasternak. Brooklyn Museum. White supremacist Zionist.“ Die Fassade wurde mit Farbe und roten Dreiecken beschmiert, wie sie die Hamas zur Kennzeichnung ihrer Feinde verwendet. Pasternak ist nicht nur Direktorin eines Kunstmuseums, sondern versteht sich selbst als linke Aktivistin. Mit ihrer Arbeit setzt sie sich seit Jahren für Minderheiten ein, wofür sie die

Rechten in den USA hassen. Doch auch sie zog sich den Zorn links-woker Aktivisten zu.

Ich habe den Eklat im Hamburger Bahnhof und den Vandalismus gegen Pasternaks Haus nicht wegen des Israel-Palästina-Konflikts gewählt, der seit dem 7. Oktober 2023 zu einer massiven Diskursverschärfung geführt hat, sondern weil hinter den wütend hinausgebrüllten Parolen, Beleidigungen und Anschuldigungen Theorien und Überzeugungen stehen, die das Fundament für den woken Kampf gegen Diskriminierung und Ungleichheit darstellen. In beiden Fällen zeigt sich zudem, wie stark die Emotionen sind, die diese Bewegungen antreiben.

Wer am lautesten schreit, bestimmt den Diskurs

Bei dieser Form des Aktivismus geht es primär darum, die eigene Perspektive als die einzig moralisch vertretbare Position im öffentlichen Diskurs durchzusetzen. Doch dadurch trägt der woke Aktivismus zur Erhitzung des gesellschaftlichen Klimas bei. Zwar ist Deutschland nicht so gespalten, wie es oft dargestellt wird, aber die Ränder radikalieren sich schneller und werden lauter, während die Mitte zunehmend verstummt. Das zeigen die Untersuchungen der Soziologen Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser.

Die Mitte der Gesellschaft schweigt aus mehreren Gründen. Menschen mit extremeren Meinungen oder Positionen äußern sich tendenziell lauter und öfter als Menschen mit gemäßigeren Positionen, da sie ihre Ansichten verbreiten möchten. Aktivisten schließen sich eher in Gruppen zusammen, da sie etwas verändern möchten. Die Mitte hingegen hat weniger Veränderungsbedarf, weniger Sendungsbewusstsein und organisiert sich deshalb seltener.

Das Paradox der Mitte besteht darin, dass sie die Mehrheit darstellt, aber kaum wahrnehmbar ist. Menschen, die sich der Mitte zugehörig fühlen, (er)kennen einander nicht. Deshalb lässt die Zugehörigkeit zur Mitte kein Gruppengefühl entstehen. Ohne uns einer Gruppe zugehörig zu fühlen, verhalten wir uns vorsichtiger und zurückhaltender. Die Mitte schweigt aber auch, weil immer mehr Menschen glauben, nicht mehr alles sagen zu können, was sie denken.

Laut einer Umfrage von Allensbach und Media Tenor haben fast 60 Prozent der Bevölkerung das Gefühl, vorsichtig sein zu müssen mit dem, was sie sagen. Sie befürchten keine staatlichen Repressionen, sondern soziale: den Abbruch von Beziehungen, das An-den-Pranger-gestellt-werden, berufliche Nachteile usw. Die Themen, über die sie schweigen, sind die Kernanliegen progressiver Gruppen. Es ist daher nicht erstaunlich, dass die Umfrage auch gezeigt hat, dass Menschen mit höherer Bildung eher glauben, frei sprechen zu können. Über 50 Prozent dieser Gruppe haben keine Bedenken, ihre Meinung zu äußern. Bei den Grünen-Wählern sind es sogar 75 Prozent.

Wenn 60 Prozent der Menschen glauben, dass es besser ist, bestimmte Dinge nicht mehr zu sagen, ist das eine problematische Entwicklung. Meinungen und Überzeugungen verschwinden nicht, nur weil sie nicht mehr ausgesprochen werden. Rechtspopulisten nutzen dieses Phänomen als Mobilisierungspotenzial. Sie besetzen die entsprechenden Themenfelder und bieten sich als Sprachrohre an, um das Nicht-mehr-Gesagte wieder in den öffentlichen Diskurs einzubringen.

Doch rechtspopulistische Bewegungen sind nicht einfach nur wohlmeinende Sprachrohre für diejenigen, die das Gefühl haben, bestimmte Themen dürfen nicht mehr angesprochen werden. Sie radikalisieren diese Themen und passen sie in ihre Agenden ein. Weil die Mitte der Gesellschaft sich politisch immer weniger mit bestimmten Parteien verbunden fühlt, können rechte Parteien Teile der einstigen Mitte an sich binden, indem sie diese Themen aufgreifen.

Wohin die Reise geht

In den letzten Jahren haben woke Überzeugungen im öffentlichen Diskurs an Einfluss gewonnen. Das erklärte Ziel von Aktivisten ist es, das Bewusstsein der Menschen gegenüber allen Formen von Diskriminierung und Marginalisierung zu schärfen, um diese zu bekämpfen. Dabei verzichten sie jedoch darauf, ihre Ansichten und Position zu erklären oder zu be-

gründen, und versuchen diese stattdessen als moralisch alternativlos durchzusetzen. Nicht einmal so sehr ihre Ziele selbst, wohl aber die Strategien und Methoden zur Umsetzung dieser Ziele stoßen bei einer wachsenden Zahl von Menschen auf Ablehnung, da viele Aktivisten mit Mitteln der Moralisierung und Empörung arbeiten. Ihre Empörung gründet in der Überzeugung, moderne westliche Gesellschaften seien nicht offener und liberaler geworden, sondern nach wie vor ein Hort von Intoleranz und Diskriminierung.

Doch diese Wahrnehmung spiegelt nicht die gesellschaftliche Realität in Deutschland wider. Es gibt immer noch einen relativ großen gesellschaftlichen Konsens darüber, dass Ungleichheit und Diskriminierung nicht sein sollen. Eine vorsätzliche Diskriminierung von Minderheiten findet die breite Mehrheit inakzeptabel, wie Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser in ihrem Buch *Triggerpunkte* gezeigt haben. Weniger Einigkeit gibt es bei den Fragen, was genau als diskriminierend bewertet wird und was angemessene Strategien sind, um Benachteiligungen zu beseitigen. Was woke Aktivisten bereits als Diskriminierung betrachten, empfindet die breite Mehrheit der Bevölkerung noch nicht als solche.

Steffen Mau verweist darauf, dass es wichtig sei, zwischen sogenannten Vorbehalten erster und zweiter Ordnung, zu unterscheiden. Von Vorbehalten erster Ordnung spricht er, wenn ein Thema an sich abgelehnt wird, wie beispielsweise Geschlechtergerechtigkeit oder Transsexualität. Vorbehalte zweiter Ordnung beziehen sich hingegen auf die jeweiligen Strategien, mit denen Gleichheit erreicht werden soll: also auf die Methoden.

Aktivisten unterscheiden diese beiden Vorbehalte nicht. Dadurch kann es passieren, dass Menschen, die zwar bestimmte Methoden ablehnen, aber die Ansicht vertreten, jeder solle nach seiner Façon selig werden, der vorsätzlichen Diskriminierung beschuldigt werden. Wer sich zu Unrecht angeklagt fühlt, wehrt sich dagegen. Die Gegenwehr speist sich ihrerseits aus einer gewissen Emotionalität. Diese zeigt sich in einer gesamtgesellschaftlichen Erregungskurve, die dem Miteinander nicht zuträglich ist.

In diesem Band geht es daher um die Klärung der Fragen, woraus sich die Empörung woker Aktivisten speist, was ihren Kampf antreibt, weshalb ihre Methoden trotz des von vielen akzeptierten Ziels, Ungleichheit zu reduzieren, auf so viel Widerstand stoßen. Was wäre nötig, damit die offene Gesellschaft, in der Menschen gleichberechtigt miteinander leben können, weiterhin von einer großen Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen wird?

Dimensionen des woken Moralismus

Vom Universalismus zur Identitätspolitik

„Ich habe einen Traum, dass meine vier kleinen Kinder eines Tages in einer Nation leben werden, in der sie nicht nach der Farbe ihrer Haut, sondern nach dem Inhalt ihres Charakters beurteilt werden. Ich habe heute einen Traum!“ Mit diesen Worten rief Martin Luther King zum Kampf für Gleichheit und gegen Diskriminierung auf. Seine leidenschaftliche Rede spiegelte den universalistischen Geist wider, der lange Zeit progressive Bewegungen prägte. King glaubte fest daran, dass alle Menschen gleichwertig sind, unabhängig von äußeren Merkmalen, und dass sie trotz ihrer Verschiedenheiten miteinander eine Nation und Gesellschaft bilden könnten.

Doch in jüngster Zeit hat sich ein Teil der progressiven Bewegung von diesem Ansatz entfernt. Kritiker des Universalismus argumentieren, äußere Merkmale zu ignorieren, um Ungleichheit zu bekämpfen, zementiere Ungerechtigkeit. Sie halten den bisherigen Kampf gegen Benachteiligung für gescheitert, da in westlichen Gesellschaften weiterhin erhebliche, vor allem ökonomische Ungleichheiten bestehen. Zu den ökonomischen Ungleichheiten kommen noch ungleiche Chancen bezüglich Teilhabe und Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse hinzu. Betroffen von Ungleichheit sind überproportional Menschen bestimmter, durch äußere Merkmale identi-

fizierbare Gruppen: Schwarze beispielsweise oder Frauen. Für progressive Aktivisten ist daher jede Form von Ungleichheit ein Zeichen von Ungerechtigkeit, die vollständig beseitigt werden muss.

Sie fordern, dass marginalisierte Gruppen ihre spezifischen Eigenarten leben und sich darüber identifizieren sollen, anstatt Teil des Mainstreams zu werden. Die Mehrheitsgesellschaft hat die Verpflichtung, diesen Weg positiv zu unterstützen. Merkmale wie Hautfarbe, Ethnie und Geschlecht, die der Grund für Diskriminierung sind, gelten progressiven Aktivisten jetzt als wesentliche Identifikationsmerkmale. Ausgegrenzte Menschen dürfen darauf stolz sein. Das besondere Augenmerk liegt dabei auf den ethnischen und geschlechtlichen Merkmalen, da sie Menschen stärker prägen als Haltungen, Talente, Neigungen, Vorlieben oder politische Präferenzen. Da nur Angehörige der gleichen Gruppe die Eigen- und Andersheit sowie die damit verbundenen Erfahrungen wirklich verstehen, dürfen auch nur sie über diese sprechen. Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft können sich höchstens zu Verbündeten machen und die Interessen dieser Gruppen unterstützen.

Identitätspolitische Ideen waren bis vor kurzem auf den universitären Raum beschränkt. Doch seit den 2010er Jahren verbreiten sie sich durch soziale Medien auch außerhalb der universitären Welt. Wer bis vor kurzem zeigen wollte, dass er diese Sichtweise teilt und danach handelt, bezeichnete sich als *woke*, also als „aufgewacht“. Der Begriff wurde besonders im Kontext der Black-Lives-Matter-Bewegung populär, obwohl er älter ist. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nutzte die afroamerikanische Bewegung *woke*, um ein waches Bewusstsein